**Europäisches Nachbarschaftsinstrument**

**Zusammenfassung des Mehrjahresrichtprogramms 2018 - 2020 für die Region Süd**

**1. Strategische Ziele der Beziehungen der EU zur Region**

Die Stärkung der Resilienz der Staaten und Gesellschaften sowie deren Stabilisierung stellt das übergeordnete strategische Ziel für die Beziehungen der EU zur Region dar, das in der Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) von 2015 und in der Globalen Strategie der EU von 2016 dargelegt ist. Während der Sicherheitsaspekt sich darauf konzentrieren wird, den Partnerländern dabei zu helfen, widerstandsfähiger gegenüber ihren derzeitigen Bedrohungen zu werden, wird dies durch ein besonderes Augenmerk auf eine bessere Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung ergänzt. Der Ansatz der EU wird sich zudem auf das Erreichen eines inklusiven und nachhaltigen Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen als Weg zu mehr Stabilität konzentrieren. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Bewältigung der Gefahr gewaltsamer Konflikte und anderer struktureller Belastungen sowie auf Faktoren wie Migration, Klimawandel und Umweltzerstörung.

**2. Die Auswahl der Interventionsbereiche**

Die vier folgenden vorrangigen Bereiche wurden einem Konsultationsprozess mit den EU-Delegationen, den Mitgliedstaaten (über ihre Ständige Vertretung bei der EU), den Partnerländern (über deren Botschaft in Brüssel) und Beteiligten aus der Zivilgesellschaft sowohl aus dem Norden als auch aus dem Süden unterzogen.

**Bereich 1: Stärkung der Resilienz und Förderung der Stabilität (Richtwert: 20 % des Gesamthaushalts)**

Der Aufbau einer solchen Resilienz erfordert Institutionen, denen die Bürger vertrauen und ist daher untrennbar mit Demokratie, Rechenschaftspflichten und Rechtsstaatlichkeit sowie im weiteren Sinne mit der Konsolidierung offener, pluralistischer Gesellschaften verbunden. Die Antwort auf Sicherheitsherausforderungen wird die Stärkung der institutionellen Kräfte mit einer starken Einbindung der Zivilgesellschaft und größter Aufmerksamkeit für die Verknüpfung von Entwicklung und Sicherheit verbinden. Die Prävention, sei es gegen gewalttätigen Extremismus oder gegen Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachte Katastrophen, wird wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

**Bereich 2: Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung**

Ein lebendiger Privatsektor und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind Schlüsselbedingungen für die Schaffung stabiler und resilienter Gesellschaften in der südlichen Nachbarschaft. Es gibt wechselseitige Ergänzungen im Verhältnis zu rein nationalen Programmen, da die regionale Zusammenarbeit einen Mehrwert bietet, indem sie neue politische Ansätze in der Region auf der Grundlage bewährter Verfahren der EU erprobt. Sie entwickelt regionale Netzwerke und Verbindungen, die die wirtschaftliche Integration zwischen den Ländern fördern und letztendlich zu einer Freihandelszone im Mittelmeerraum führen, passend zu den einschlägigen Dialogen bezüglich der Union für den Mittelmeerraum.

**Bereich 3: Förderung der Vernetzung und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen**

Umwelt, Klimaschutz, nachhaltiges Energie- und Verkehrsmanagement sind miteinander verbundene Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung. Sie bilden den Kern der gemeinsamen Agenden, die im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum erarbeitet werden.

**Bereich 4: Unterstützung für die Entwicklung von Kapazitäten und den Aufbau von regionalen Institutionen**

Die südliche Nachbarschaft ist in vielerlei Hinsicht die am wenigsten integrierte Region der Welt.

**3. EU-Unterstützung pro Bereich**

**Regionale Programme**: Die EU-Zusammenarbeit wird im Einklang mit den in den Abschnitten 3.1 bis 3.4 festgelegten Prioritäten durch regionale Programme umgesetzt, die den Ansatz „**weniger und größer“** verfolgen, einschließlich neuer **EU-Branding**-Initiativen.

**Übergreifende Themen**: Die **Zivilgesellschaft** wird nicht nur Empfänger spezifischer Programme sein, sondern auch als vollwertiger Partner in allen Bereichen und als wichtiger Akteur für Entwicklung und Politikgestaltung anerkannt. Die **Gleichstellung der Geschlechter** wird in alle Bereiche integriert, wobei besonders auf die Stärkung der Rolle und des Zugangs von Mädchen und Frauen geachtet werden wird. Bei allen Interventionen wird ein rechtsstaatlicher Ansatz verfolgt.